

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 66, Cindenbergstr. 3
Zerapredner: Dönhoff 292 - 297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Dienstag

27. September 1927

Verlag und Anzeigenverteilung:
Geschäftsgel. 8 1/2 bis 5 Uhr
Verleger: Docuents-Verlag GmbH
Berlin SW. 66, Cindenbergstr. 3
Zerapredner: Dönhoff 292 - 297

Wider den litauischen Faschismus.

Aufruf der Sozialistischen Arbeiter-Internationale.

Das Bureau der S.A. hat folgenden Aufruf an die Arbeiterschaft Litauens gerichtet:

An die Arbeiterschaft Litauens!

Seit dreiviertel Jahren ist Euer Land der Diktatur von ein paar struppelosen Offizieren ausgeliefert. Seit Euch der frevelhafte Handstreich vom 17. Dezember 1926 Eure politischen Rechte geraubt hat, sind sich die organisierten Arbeiter aller Länder klar bewußt, daß die Herrschaft des „Generalsabschefs Plechavicius“, der der wahre Gebieter über die sogenannte „Regierung“ Woldeparas ist, Litauen zu jenem Land in Europa gemacht hat, in dem die faschistische Reaktion neben Italien die grausamsten Erzele begibt.

Die Sozialdemokraten Litauens haben bei den letzten Wahlen im Mai 1926

einen gewaltigen Stimmenzuwachs

erzielt, sie waren zur zweitstärksten Partei vorgerückt und sie nahmen an der Regierung des Landes teil. Die Gewerkschaften und die Partei entwickelten sich immer besser. Da kam der Staatsstreich, der die kleine nationalistische Partei, die im alten Seimas nur drei Vertreter besaß, aus Ruder brachte, die Partei des jetzigen „Präsidenten“ Smetona und des „Ministerpräsidenten“ Woldeparas. Alle demokratischen Rechte wurden beseitigt. Der Kriegszustand ist permanent, seit diese Diktatur besteht. Jede Form von Pressefreiheit und Versammlungsfreiheit ist vernichtet. Ein Duzend Gewerkschaftsverbände wurden aufgelöst, unter ihnen die größten, die Gewerkschaften der Eisenbahner, der Metallarbeiter und der Lederarbeiter. Die Zeitung der Gewerkschaften wurde verboten, die Vertrauensmänner der Gewerkschaften in Konzentrationslager gesteckt oder aus dem Lande verbannt. Die Diktatur stellt sich auf den Standpunkt, daß die Gewerkschaften überhaupt überflüssige Institutionen seien. Alle parlamentarischen und demokratischen Mittel, um dem Willen des Volkes Ausdruck zu geben, sind unterbunden. Nicht nur die Arbeiter, sondern auch die großen Schichten des Bürgertums und der Bauern sind von Haß gegen die militärische Willkürherrschaft erfüllt. Unter diesen Umständen ist es nur selbstverständlich, daß es immer wieder zu Versuchen kommen muß, die Usurpatoren der Macht

mit jenen Mitteln zu stürzen, die sie selbst angewendet haben.

Der Versuch, den Arbeiter und Bürger in Litauen unter-

nommen haben, um die Demokratie wieder herzustellen, ist gescheitert. Die Militärdiktatur nimmt nun Rache am Volke; vor allem glaubt sie, den günstigen Zeitpunkt zu haben, um das Ausrottungswerk an den Arbeiterorganisationen weiterzuführen. Wieder ist Blut in Litauen geflossen. Alle Toten fallen zu Lasten der Diktatoren. Ohne ordentliche Gerichtsverfahren nehmen sie Hinrichtungen vor, ja, sie nehmen sich nicht einmal Mühe, die Namen der zu Erschießenden richtig festzustellen. Und so konnte das Angeberliche geschehen, daß das Regierungsblatt von den ersten sechs Hingerichteten fünf Namen falsch angegeben hat und benötigt war, sie später richtigzustellen. Die Namen dieser ersten sechs Hingerichteten sind: Gudionis, Odovas, Plechavicius, Paulikas, Burnedis, Kaslauskas.

Später wurden acht weitere Todesurteile verhängt. Eines von ihnen wurde vollzogen. Der Name des Hingerichteten lautet Jonas Mikeraitis. Die anderen wurden in lebenslänglichen Kerker umgewandelt. Bisher sind insgesamt

sechzehn Aufständische zu lebenslänglichem Kerker,

einer zu zwanzig Jahren, einer zu fünfzehn Jahren, einer zu zehn Jahren und einer zu drei Jahren Kerker verurteilt worden.

Mit diesen Opfern ist die Bluttat der litauischen Diktatoren leider noch nicht erschöpft. Redungen von weiteren Verfolgungen treffen ein, die wir im Augenblick noch nicht zu überprüfen vermögen. Aber das, was bereits sicher feststeht, genügt, um die Arbeiter aller Länder zu schärfstem Protest gegen die Gewalt Herrschaft in Litauen aufzurufen.

Arbeiter Litauens!

Wir wissen, daß Euch jede Möglichkeit des Verkehrs mit dem Ausland abgeschnitten wird. Wir wissen, daß man den Versuch macht, das Hinausdringen der Wahrheit aus Eurer Lande mit allen Mitteln zu unterbinden. Ihr sollt aber wissen, daß trotz alledem die Sozialistische Arbeiter-Internationale Euch nach besten Kräften zu unterstützen trachten wird, daß sie das wahre Gesicht der Verdreher, deren Opfer gegenwärtig Litauen ist, der europäischen Öffentlichkeit zum Bewußtsein bringen wird und daß sie von Euch erwartet, daß Ihr auch in diesen schweren Tagen den Mut und die Entschlossenheit bewahrt, um Eure große Aufgabe zu erfüllen: die Wiederherstellung der Demokratie in Litauen!

nach Paris zurücktransportierte, die Stelle passierte. Es sind in der Nähe und in der Umgegend von Paris Maßnahmen gegen Ausländerkommunisten ergriffen worden.

Der Wahlerfolg an der Unterelbe.

Bürgerliche Befürchtungen für Hamburg. — Ein absoluter Verlusttag des Bürgertums.

Hamburg, 27. September. (Eigenbericht.)

Die vorläufige endgültige Feststellung des Altonaer Wahlergebnisses hat noch eine Beschiebung in der Mandatsverteilung zugunsten der Sozialdemokratie gebracht. Die Sozialdemokraten erhielten einen Sitz mehr, die Bürgervereinsung einen weniger. Die Sozialdemokraten haben 26, die Bürgervereinsung 9 Sitze, die Kommunisten 11 Sitze, sämtliche bürgerlichen Parteien von den Demokraten bis zu den Nationalsozialisten 24 Sitze.

In der bürgerlichen Presse hat das Wahlergebnis großes Entsetzen ausgelöst. Am deutlichsten spricht das „Hamburger Fremdenblatt“: Es stellt fest, daß dieses Wahlergebnis als politisches Stimmungsbarometer für die Hamburger Bürgerschaftswahlen angesehen werden muß. Aus der Tatsache, daß die Sozialdemokraten ihre Stimmenzahl nicht nur relativ, sondern auch absolut stark in die Höhe getrieben habe, ergebe sich für die bürgerlichen Kreise die ernste Warnung, alle Kräfte anzuspinnen, um mit jenem Nachdruck, freudlichster Bezeichnung und gütlicher Ueberredung die Bürger an die Wahlurne zu bringen. Der volksparteiliche „Hamburgische Korrespondent“ erklärt: „Die Wahl bedeutet einen sehr starken Aufschwung nach links. Die Herren Braun und Seewering werden heute einen zufriedenen Vormittag in Berlin erleben haben, als ihre Getreuen von der Unterelbe ihnen den Wahlerfolg ihrer Partei melden konnten. Alles in allem gehört der 25. September zu den Tagen, die als absolute Verlusttage des Bürgertums zu buchen sind. Der 9. Oktober (der Tag der Bürgerschaftswahlen) muß und kann den 25. September wettmachen.“ Das Blatt schließt mit dem Ruf: „Bürger Hamburgs, auf die Schenken! Der Feind steht vor den Toren der Botenstadt!“

Eisenbahnunglück bei Halle.

Drei Reisende schwer verletzt.

Halle, 27. September.

Nach einer amtlichen Meldung der Reichsbahndirektion Halle stieß heute morgen eine Lokomotive auf den Schluß des Personenzuges 574 Halle-Nordhausen auf. Dabei wurden drei Reisende schwer, der Lokomotivführer und 13 Reisende leicht verletzt. Lebensgefahr besteht bei niemand. Die Untersuchung ist eingeleitet.

„Warten, Hoffen, Handeln.“

Rehrens in Genf.

Genf, 27. September. (Eigenbericht.)

Nach der Beratung und Genehmigung der zwei letzten Berichte und Entschlüssen über die Vereinfachung des internationalen Rechts und der Annahme der von Schweden beantragten Budgeterhöhung um 70 000 Franken für den gleichen Zweck, ist soden die 8. Völkerbundsversammlung mit der üblichen Schlußrede des Präsidenten zu Ende gegangen. Herr Guani Iospries darin zunächst die Arbeitsmethode des Völkerbundes, um dann die besondere Bedeutung der diesjährigen allgemeinen Aussprache hervorzuheben und die wichtigsten Ergebnisse der Beratungen Revue passieren zu lassen. Dabei legte er das Hauptgewicht auf die erzielte Einigung in den großen Fragen der Sicherheit, Schiedsgerichtsbarkeit und Abrüstung und bezeichnete die dazu gefassten Resolutionen als mehr als ein Programm, als eine Tat. Er schloß mit der Zusammenfassung dreier im Laufe der Versammlung wiederholt gehörter Lösungsworte: Warten, hoffen, handeln. Alle drei hätten sich nunmehr bewährt.

„Konferenz“ zwischen Tür und Angel.

Genf, 27. September. (Eigenbericht.)

Die für Montag in Aussicht genommenen Besprechungen zwischen dem Außenminister Dr. Stresemann und Briand sowie zwischen Dr. Stresemann und de Broedere haben nachmittags im Foyer des Völkerbundsversammlungsraumes stattgefunden. Die Besprechung Stresemann-Briand dauerte etwa 1/2 Stunde und bot den Zuhörern das Bild einer recht deutschen Unterhaltung. Die Besprechung, die Stresemann mit dem belgischen Delegierten hatte, dauerte nur wenige Minuten. Ueber den Inhalt der beiden Unterredungen wird amtlich nichts mitgeteilt. Es verlautet, Stresemann und Briand hätten sich dahin verständigt, daß ihre Außenpolitik die gleiche wie bisher bleiben soll und im Augenblick keinerlei weitere Verhandlungen zu führen seien. Mit dem belgischen Delegierten ist eine ähnliche Verständigung getroffen worden. Die deutsch-belgischen Erörterungen über die Frankfurterfrage sollen — wie es heißt — auf diplomatischem Wege abgeschlossen werden.

Bomben gegen alliierte Frontkämpfer.

Zugattentate wegen Zacco-Vanzetti.

Paris, 27. September. (Eigenbericht.)

Die Attentatsversuche gegen die Züge der amerikanischen Legionäre mehren sich in den letzten Tagen. So ist im Laufe der heutigen Nacht wieder eine Bombe auf der Eisenbahnlinie von Paris nach Marseille, in der Nähe von Lyon, aufgefunden worden. Sie konnte noch rechtzeitig entfernt werden, ehe der Schnellzug, der die amerikanischen Legionäre von der Azurküste

Wir sind die Republik!

Ein Beitrag zur Kriegsschuldfrage.

Von Hermann Wendel.

Jedem Anhänger der Völkerverständigung wird es um die Töpfe leid tun, die Hindenburgs und Stresemanns Kriegsschuldreden in der auswärtigen Politik zer schlagen haben; dank diesen Deklarationen ballt sich wieder so viel Feindseligkeit gegen Deutschland in der Luft zusammen wie seit Abschluß der Locarno-Verträge nicht mehr. Solche Trübung der europäischen Atmosphäre mag zu dem außenpolitischen Programm der deutschen nationalen Regierungspartner gehören, aber wenn Westarps Mannen mit besonderer Wonne auf dem abgetriebenen Gaul der „Kriegsschuldfrage“ herumtraben, handelt es sich weit mehr um ein innerpolitisches Paradestück. Es ist ein Versuch der monarchistischen Banterotteure, nachträglich die Bilanz zu fälschen und einer geföchten Firma neuen Kredit zu verschaffen.

Freilich herrscht diese Einsicht nicht allgemein vor, denn sonst könnten nicht auch gutgläubige Demokraten mit am Trog stehen, in dem das Regime von 1914 trampfhaft reingewaschen werden soll. Bewiß ist es nicht nur historisch, sondern auch politisch ausschlüssig, zu prüfen, wie sich im Sommer jenes Unheilsjahres die Verantwortung auf die verschiedenen Regierungen verteilte. Doch im Grunde hat die Republik wirklich Besseres zu tun als die Monarchie weizubrennen, deren materielle Konturmasse sie noigebungen übernehmen mußte, für deren moralische Konturmasse sie sich aber höflich bedankt. Bei der Behauptung, daß „Deutschland“ ein sehr wesentlicher Teil der Schuld am Kriegsausbruch zufalle, denken auch in Frankreich und England nur ein paar besonders engstirnige Fanatiker an das deutsche Volk. Das deutsche Volk lebte im Zustand des kaum verschleierte Abolutismus und hatte sich die Geschäftsführer der in seinem Namen gemachten Politik so wenig gewählt, wie es auf diese Politik Einfluß hatte. Die Familie Hohenzollern war „von Gottes Gnaden“, also an sich da, unermidlich, und die Regierung des Deutschen Reichs hing einzig vom Chef dieses Hauses, von Kaiser und nur von Kaiser ab. Genof der Reichskanzler das Vertrauen Wilhelms II., so durfte er unbelümmert auf das Mißtrauen des ganzen Volkes pfeifen, und gerade dem Kanzler des Kriegsausbruchs war dieses Mißtrauen ja zweimal, bei der Polenenteignung und im Fall Jöbern, durch die Mehrheit des Reichstags in aller Form bestätigt worden. Was dieser Monarch, diese Minister, diese Generale taten, inwiefern kann das deutsche Volk dafür haften, aus dessen nicht Beauftragte, sondern Herren sich jene hochmütig betrachteten!

Wenn der Feldzug gegen die sogenannte Kriegsschuldfrage der Rechtfertigung dieser Gewalttäter gilt, ist sein Zweck nur zu durchsichtig. Nicht umsonst wird wieder und wieder betont, daß „Deutschland“ auch kein Teilchen Verantwortung für die Weltkatastrophe treffe; es war das Lamm, das kein Wässerchen zu trüben mußte und von reichenden Wölfen tüchtig überfallen wurde. So bekannte noch unlängst auf der Gostlarer Tagung des „Arbeitsausschusses Deutscher Verbände“ der Leiter des Berliner Gymnasiums vom Grauen Kofler, Oberstudiendirektor Reimann: „Wir hämmern der Jugend ein, daß wir absolut unschuldig sind!“, und im gleichen Geiße fährt die Zeitschrift „Die Kriegsschuldfrage“, deren Inhalt weniger interessant ist als die Herkunft der für ihre Herausgabe nötigen Gelder. Die Voraussetzung aber, daß „wir“, nämlich Wilhelm II., Bethmann Hollweg, Jagow, Roltke, Tirpitz, „absolut unschuldig“ sind, schafft glatte Rechnung. Denn begann der Weltkrieg mit einem freien Ueberfall der anderen auf das friedlich grosende Deutschland, dann, so folgert kindliche Einfalt, steht auch der Kaiser, die Hohenzollernfamilie, das ostelbische Junkertum, der preussische Kofernenhof und das ganze alte System sonder Makel da, und der November 1918 ist genau so über Unschuldige hereingebrochen wie der August 1914 — nieder mit der Republik und hoch die Monarchie!

Kein Zufall ist es denn, daß die lautesten Schreier gegen die „verfälschte Lüge“ von „Deutschlands“ Verantwortung auch die eifrigsten Verbreiter der Dolchstoßlegende sind, und der Berliner Abend des „Arbeitsausschusses“ vor einem Jahr, auf dem der ahnungslose amerikanische Professor Barnes mit der Lobpreisung des „Friedenskaisers“ Wilhelm II. freudigsten Jubel ertete, wirft gleichfalls scharfes Licht auf die Hintergründe der ganzen Bewegung. Auch hat nicht nur der erledigte Mann in Doorn unlängst in seinem Größenwahn verkündet, daß die Zurücknahme der „Kriegsschuldfrage“ durch die Entente mit seiner feierlichen Zurückführung auf den Thron enden müsse, sondern früher schon hat Knilling, Bayerns reaktionärer Ministerpräsident, den Kern all der Unschuldsbeteuerungen herausgeschält:

Wenn das Lügengewebe von Deutschlands Kriegsschuld einmal endgültig zerrissen ist, entschwindet vor den Augen der Welt damit auch der letzte Schein einer Rechtfertigung für das ungeheure Verbrechen, das im November 1918 von Volksgenossen mit Frevelhand verübt wurde.

Natürlich stapfte der offenerzige Bajuware auf einem Holzweg daher. Weder braucht die Novemberrevolution durch die Schuld der Monarchie am Ausbruch des Weltkrieges „gerechtfertigt“ zu werden noch würde sich an der historischen „Legitimität“ der Republik etwas ändern, wenn die deutschen

Gewalthaber von 1914 weniger belastet daständen, als sie es tun. Aber da die Anhänger der Farben Schwarz-Weiß-Rot in mannigfachen Selbsttäuschungen befangen sind, ist die Kriegsschuldfrage für sie einer der Sturmböcke, mit denen sie gegen die Mauern der Republik anrennen.

Das kann auf die Haltung der Republikaner zu dem Problem nicht ohne Einfluß sein. Zwar verbietet uns schon die sozialistische Weltanschauung, auf einer Seite alle Verantwortung für ein solches Weltgeschehnis zu suchen und Deutschlands Führer allein des höllischen Feuers schuldig zu sprechen; auch in Petersburg und Paris mischten dunkle Burschen verhängnisvolle Karten. Aber vermag niemand und nichts den Berliner Machthabern von 1914 die Last abzunehmen, deren Größe allein durch die deutschen und österreichischen Aktenveröffentlichungen schauerlich deutlich wird, so muß unsere erste Lösung ihnen gegenüber lauten: Desolidarisierung! Wir sind die Republik, sie sind die Monarchie, dazwischen liegt der 9. November! Der französischen Republik fiel es nach 1870 nicht im Traum ein, in den Anklagen deutscher Geschichtsschreiber gegen den davongejagten Bonaparte und seine Kameluden eine „moralische Belastung“ des französischen Volkes zu sehen, sondern sie handelte folgerichtig nach dem Wort des großen Nationaldichters Viktor Hugo: „Stammt dieser Krieg von uns? Das Kaiserreich hat ihn gewollt, das Kaiserreich hat ihn gemacht. Das Kaiserreich ist tot. Gut so! Wir haben mit diesem Kadaver nichts zu schaffen.“

Wann kommt der deutsche Minister, der auf Anschuldigungen gegen das Kaiserreich die stolze Antwort gibt: „Wir haben mit diesem Leichnam nichts zu schaffen. Wir sind die Republik!“

Vorwärts im Industriegebiet!

Imposante Kundgebung der westfälischen Sozialdemokratie. — Sebering vor dem Ruhrproletariat.

Reddinghausen, 27. September. (Eigenbericht.)

Der vergangene Sonntag wurde dem Proletariat des westfälischen Landes, dem Industriegebiet zwischen Ennscher und Lippe, zu einem unauslöschlichen Erlebnis. Tausende von Parteigenossen strömten aus allen Städten und Gemeinden des Westes der alten Mitropole Reddinghausen zu, um dort, zu einer gewaltigen Masse zusammengeballt, unter der überregenden Führung Karl Severings den Sturm marsch in das Wahljahr 1928, das Schicksalsjahr der Republik, zu eröffnen. Um die Massen zu befördern, mußten mehrere Sonderzüge eingesetzt werden. Der prächtige, geräumige städtische Saalbau konnte die Massen unmöglich aufnehmen. In allen Räumen, auf allen Galerien brechende Hülsen von Menschen, die atemlos dem Redner Karl Severing lauschten. Die Kundgebung gestaltete sich zu einer wichtigen Demonstration, die den ersten Höhepunkt in der glänzenden Rede Severings, den zweiten in einem riesigen Demonstrationsschritt fand. An der Spitze des Zuges, hinter sich die unübersehbaren Massen von Parteigenossen und Reichsbannerkameraden, unzählige rote und schwarzrotdüne Fahnen, marschierte Karl Severing. Neuer Wille befehl wieder das Industrievolk. Mit der Befreiung der wirtschaftlichen Verhältnisse erschloß hier der kommunistische Spuk; die Arbeiterhaft findet zurück zur alten, bewährten Partei. Wir marschieren im Industriegebiet! Dafür war dieser Sonntag überzeugender Beweis.

Der angehäufelte Landgerichtsrat.

Ein Beitrag zur richterlichen Objektivität.

In Breslau ereignete sich dieser Tage folgender Vorfall: In der ersten Abendstunde betrat ein dortiges Lokal ein elegant gekleideter Herr, der sofort in lautem Tone mit anti semitischen Äußerungen um sich warf. Er schimpfte in allen Tonarten auf die „Judenpresse“, rief über das ganze Lokal, daß alle Juden Betrüger seien und gebrauchte abfällige Redewendungen über republikanische Politiker und Regierungsmitglieder. Plötzlich erhob sich einer der Gäste, stellte sich als der demokratische Landtagsabge-

ordnete Hermann vor und ersuchte den Schimpfbold um seinen Namen. Nützlich der nationale Mann das ab, beschimpfte aber dafür den Landtagsabgeordneten, der notabene Inhaber der Goldenen Rettungsmedaille ist. Hermann blieb nichts weiter übrig, als den Rufstörer polizeilich festsetzen zu lassen und — siehe da — nun entpuppte sich dieser als der Landgerichtsrat Gallin, tätig am Breslauer Landgericht!

Wie der amtliche preussische Pressedienst mitteilt, ist wegen der Vorgänge ein staatsanwaltschaftliches Ermittlungsverfahren eingeleitet.

Nach der Schilderung darf man wohl annehmen, daß Herr Landgerichtsrat Gallin sich in angetrunkenem Zustand befunden hat. Infolgedessen ist ihm die Selbstbeherrschung abhanden gekommen, die er im Amte sicherlich zu wehren pflegte. Aber gerade das interessiert uns: wie sich ein „objektiver Richter“ sich in unvorstellbarem Zustande gibt. Vielleicht würde manches in politischen Prozessen gefällte Urteil begreiflicher, wenn man seine Verfassung am Abend nach der zweiten Flasche Wein kennen lernte.

Die Beratungen des Strafgesetzausschusses.

Der Ausländerparagraf mit 9 gegen 8 Stimmen bei 10 Enthaltungen angenommen.

Der Strafgesetzausschuß des Reichstages leitete heute seine Beratungen des § 7 des Gesetzesentwurfes fort. Genosse Landsberg kritisierte, daß nach dem Entwurf ein Ausländer in Deutschland abgeurteilt werden könne, wenn er im Ausland eine Straftat begangen hat und in Deutschland betroffen und nicht ausgewiesen wird. Wenn das Ausland nicht bestraft, brauche auch Deutschland nicht einzugreifen. Wir sollten doch nicht ausländischer sein als das Ausland. Es würde sich auch ergeben, daß Laten, die nach dem ausländischen Recht, zum Beispiel wegen Verjährung, nicht verfolgt werden können oder weil ein Strafverbot notwendig sei, aber nicht gestellt werde, in Deutschland, wo die Verjährungsfrist vielleicht länger oder ein Strafverbot nicht notwendig sei, verfolgt würden.

Ministerialdirektor Dumke erwiderte, daß der Gesetzesentwurf auf österreichischen Wunsch zurückzuführen sei. Die Bedenken des Abg. Landsberg, die nicht von der Hand zu weisen seien, sollten in der Strafprozedurberichtigung berücksichtigt werden.

Die auf Einschränkung des § 7 gerichteten Anträge der Sozialdemokraten wurden abgelehnt, es wird jedoch mit Hilfe der Sozialdemokraten und Demokraten ein deutschnationaler Antrag angenommen, der eine Einschränkung wenigstens insofern bringt, als deutsches Recht nur angewendet werden solle, wenn die Tat sich gegen das Rechtsgut eines Deutschen richtet.

§ 7 Absatz 2 des Entwurfes bestimmt, daß wenn der Ort der Tat keiner Staatsgewalt unterworfen sei, deutsches Recht angewendet werden könne, wenn nur die Gesetze des Reiches die Tat mit Strafe bedrohen.

Genosse Dr. Rosenfeld wandte sich gegen diese, über das geltende Recht hinausgehende Auslegung. Nach dem Gesetzesentwurf würde man in der Straftat zum Beispiel eingeschritten können, wenn jemand eine Gotteslästerung in der Wüste Sahara begehe. Das Mindeste sei doch, daß nur wegen gewisser ganz schwerer Verbrechen in Deutschland eingeschritten werden dürfe, wenn sie in der Tat begangen seien, die keiner Staatsgewalt unterworfen wären.

Abg. Kahl meint, daß man hoffentlich immer so vernünftig sein werde, in solchen Fällen ein Einschreiten zu unterlassen.

Auch zu diesen Paragraphen wurden die sozialdemokratischen auf Einschränkung gerichteten Anträge abgelehnt, und nur mit Hilfe der Sozialdemokraten und Demokraten der deutschnationaler Antrag angenommen, nach welchem auch Laten, die in Orten ohne Staatsgewalt begangen seien, nach deutschem Recht nur dann verfolgbar wären, wenn sie sich gegen das Rechtsgut eines Deutschen richteten oder von einem Deutschen verübt seien.

Bei der Abstimmung über den ganzen § 7 ergab sich das eigen-

tümliche Resultat, daß er nur mit den neun Stimmen der Deutschnationalen und Bayerischen Volkspartei gegen die acht Stimmen des Zentrums und der Kommunisten, bei zehn Stimmenthaltungen der Sozialdemokraten und Demokraten angenommen wurde. Die Beratung dauert fort.

Ein berufsmäßiger Verleumder.

An den Pranger!

Genosse Otto Hörjning schreibt uns:

Ein deutschösterreichischer Agitator namens Haffelbacher, der angeblich aus Kirchdorf (Kreis Verchow II) stammt und sich in rein agrarischen Kreisen als „ehemaliger Landwirt“, in Industriekreisen als „Arbeiter und ehemaliger Sozialist“ aufspielt, hält es für nötig, in fast jeder seiner Versammlungen über führende Personen der Republik herzu ziehen und die unglaublichsten Behauptungen aufzustellen. So hat er im Juli d. J. in einer Versammlung in einem Magdeburger Borort die Behauptung aufgestellt, der preussische Innenminister Erziesinski habe Photographien gefälscht, um den Völkischen Fremden nachweisen zu können. Vom Reichsaussenminister Dr. Stresemann behauptet er, dieser habe verschwiegen, daß 4000 deutsche Kriegsgefangene um die Gasse gebracht worden sind und im Anschluß an diese Bemerkung hat er den Minister auf das gröslichste beschimpft. Schließlich ist Haffelbacher auf meine Person zu sprechen gekommen und hat unter anderem folgenden Satz gesagt:

„Herr Oberpräsident Hörjning soll in Hamburg 40 000 Paar Stiefel verfertigt haben.“

Hierzu bemerke ich, daß ich es ablehne, mich mit diesem Manne, der berufsmäßig verleumdet, vor Gericht herumzuschlagen. Das kann ich besonders deshalb, da jeder, der mich kennt, weiß, daß ich noch nie im Leben Geschäfte gemacht habe, weder dort, wo ich tätig war, und ganz besonders nicht in Hamburg, wo ich außer als Handwerker, nie beschäftigt gewesen bin. Die Leichtfertigkeit, mit der dieser Bursche mir einen Stiefelhandel unterstellt, ist nicht zu übersehen. Er geht offenbar von der Auffassung aus, daß seine Verleumdungen von untrübsamen Menschen für bare Münze genommen werden. Indem ich noch einmal vor aller Öffentlichkeit erkläre, daß ich niemals Geschäfte, wie sie mir Haffelbacher unterstellt, gemacht habe oder an ihnen beteiligt gewesen bin, übergebe ich den Verleumder, dessen Vorgehen schliesslich pathologisch zu werten ist, der öffentlichen Berachtung. Ich werde in Zukunft alle Leute, die nicht aufhören wollen, mich mit Schmutz zu bewerfen, in dieser Weise behandeln.

Litauen verstimmt.

Ueber den „Vorwärts“-Aufsatz des Genossen Kalinin-Riga.

Kowno, 27. September.

Das offizielle litauische Blatt „Lietuvis“ äußert sich sehr verstimmt über die Stellungnahme führender lettischer Sozialdemokraten zu den litauischen Regierungsmassnahmen nach dem Lawrogger Parich. Die Sozialdemokratie sei in Lettland die Regierungspartei, und es wirke sehr befremdend, wenn diese Partei nicht nur in Lettland litauische Regierungsmassnahmen scharf kritisiere, sondern sogar einem ihrer Führer gestatte, eine solche Kritik auch in einem sozialdemokratischen Blatt Deutschlands zu veröffentlichen.

Ebenso befremdend nennt es der „Lietuvis“, daß ein in Riga erscheinendes litauisches Emigrantentblatt ungehindert zum bewo- nenen Zustand in Litauen gehen dürfe. Rauerdings sei auch festgestellt worden, daß die lettischen Schaffner der Transitzüge bei der Durchfahrt durch Litauen heimlich revolutionäre Literatur verbreiten. Aus alledem zieht das litauische Regierungsbüro den Schluß, daß über die Möglichkeit einer Zusammenarbeit der baltischen Staaten doch noch ernstlich nachgedacht werden müßte.

Das Ehrenzeichen 1. Klasse erhielt Erminister Dr. Rütz als „höchste vom Roten Kreuz zu vergebende Auszeichnung“. Der Mißbrauch, der mit diesen Abzeichen des Roten Kreuzes getrieben wird, greift immer weiter!

Die elektrischen Hasen.

Von Hans Bauer.

In Berlin haben die ersten Windhundrennen stattgefunden — ein neuer Sport dies, der aus Amerika und England zu uns herübergekommen ist. Es wäre wohl nicht ganz leicht, die Tiere durch Worte und Gesten zu bestimmen, zur rechten Zeit loszurennen und in einer gewissen Richtung sich zu bewegen. Deshalb macht man sich ihren Jagdinstinkt zunutze. Den Hunden werden Hasen vorausgeschickt — aber ach, es ist ein ungleicher Kampf, den die Verfolger zu bestehen haben. Mit ihren vier stinken Beinen stürmen sie nicht gegen andere vier Beine an, Kreatur steht nicht gegen Kreatur, die Hasen sind keine leidenschaftigen Flüchtlinge mit in Todesnot klopfendem Herzen, sondern, auf vorgezeichneter Bahn sich bewegend, tolle Maschinen, denen der elektrische Strom genüssig Kraft gibt, jede irdische Geschwindigkeit lebender Wesen mit einer schnelleren zu beantworten. Die Hunde werden genarrt. Sie verschmenden ihren tierischen Ehrgeiz an ein unerreichbares Ziel. Sie legen mit angespanntesten Muskeln einem Irrlicht hinterher. Sie pressen die letzte Kraft aus sich heraus, aber nie winkt ihnen eine Siegeschance. Der Mensch hat einen unheimlichen Automatismus erfunden, der alle Leidenschaft ihrer Beine und alle Andrunst ihres Willens verhöhnt. Sie sind die Befehlsgeber des Tempos. Wildheit der Hege und Urinstinkt des Laufens singt durch ihre Glieder. Aber in diesem stieren Robott des Hasen wirkt die fallschnäujige Ueberlegenheit angewandter Mechanik, an der jede Hingabe gerichtet.

Es ist der ewige Widerstreit zwischen heißblütiger Entflammtheit und Präzision der Apparatur, der im hoffnungslosen Kampf lebendiger Beine gegen die tote Materie eines seiner viel tausend Geschlechter zeigt, und gerade hier seiner brutalsten eines, wo die Unvernunft des leidtragenden Partners das Verständnis der Zusammenhänge ausschließt.

Da brausen sie nun daher, die Hunde, fast schwebend im Raum, mit pendelnder Junge, mit fliegenden Ohrlappen. Es ist Energie und Wille in ihnen, aber der eisse, der zu nichts führt. Vom ersten Sprung an sind sie geprellte Opfer eines undurchschaubaren Mechanismus, der gegen die in Schmerzen geborene Leistung die Gewalt seiner physikalischen Formel austrumpft. Der unbeladene Stoff besiegt die lebendige Kraft, der imponierendste Lauf edler Rassehunde sinkt zur grotesken Unzulänglichkeit zusammen.

Aber wer möchte guten Gewissens den ohnmächtigen Ehrgeiz dieser Tiere belächeln? Sind sie nicht, wie sie in rasender Hast und mit befehlendem Ernst an eine Unerfüllbarkeit sich verschwenden, Sinnbild unseres geistigen Lebens, das der Erkenntnis seiner letzten Ursachen mit kosmischer Wichtigkeit nachgeht und sie nicht zu lassen vermag, was es sich auch darum müht!

„Sinfonie der Tausend“ in Magdeburg.

Ein lange gehegter Wunsch ist endlich in Erfüllung gegangen: seit Jahr und Tag möchte man in Magdeburg die Werke von Gustav Mahler aufführen. Aber woher in einer Provinzstadt die ungeheuren Mittel nehmen, die dazu benötigt werden? Im Stadttheater, wo bisher die Sinfoniekonzerte veranstaltet worden sind, wäre der ganze verfügbare Raum von den Ausführenden in Anspruch genommen worden. Jetzt aber, wo die Konzertsaalfrage durch die Erbauung der neuen Stadthalle in so glücklicher Weise gelöst worden ist, und die Deutsche Theaterausstellung ohnehin zu außergewöhnlichen Leistungen verpflichtet, konnte man das alte Projekt in die Tat umsetzen.

Freilich reicheten die Magdeburger Kräfte nicht aus. Man mußte den größten Teil der Chormitglieder aus Braunschweig kommen lassen. Rabezu 700 Sänger, darunter der Knabenchor, und vier von den sieben Solisten waren Braunschweiger, und sogar den Dirigenten, Generalmusikdirektor Rikoren, stellte Braunschweig. Das Magdeburger Städtische Orchester war durch Dessauer Kräfte fast auf die doppelte Normalstärke, nämlich auf 120 Mann, verstärkt worden. Es war also beinahe ein Braunschweiger Gastspiel.

Natürlich gab es ein paar Unzulänglichkeiten. Die Vorbereitung konnte nicht so sorgfältig sein, als wenn man alle Mitwirkenden zusammengehabt hätte. Von den Solisten verpassten der erste Tenor, die zweite Altistin und der Bassist. Außerdem hatte man sich nicht auf die doch gewiß abendfüllende Sinfonie beschränkt, sondern „matteire“, und zwar mit dem Es-Dur-Konzert von Beethoven, das der bedauernde Wert Fembaur auf einem abgeheilten Flügel ausführen mußte, und — weit schlimmer — mit einem „Deutschen feierlichen Marsch“ von dem Festdirigenten, der, ein wertloser Schmarren, in die deutsche Hymne auslief und Anlaß wurde zu einer zwangsmäßigen vaterländischen Kundgebung.

Von diesen Schönheitsfehlern abgesehen, kam das Werk überaus gut heraus. Ritoren dirigierte mit unbeeirrbarer Sicherheit und viel Schwung und ging, soweit die mangelnde Vorbereitung das zuließ, auf die vielen irdischen Zierheiten liebedoll ein. Trefflich unterstützten ihn dabei die Sängerinnen Gertrud Förstel, Liesel Sturmeis und Willi Reizer und der Sänger Karl Kamann. Die neue Stadthalle, von mehr als 3000 Personen gefüllt, bot mit ihrer sachlich reinen Architektur und ihrer ausgezeichneten Akustik einen vorzüglichen Rahmen. Dr. Hermann Heber.

Das Wunder von Konnersreuth. Ueber dieses zugkräftige Thema, das ein großes Publikum in die Aula des Werner-Siemens-Realgymnasiums gelockt hatte, sprach der Aeroarzt Sanitätsrat Dr. Georg Flatau im Auftrag des Deutschen Ronistenbundes. Wer erwartet halte, etwas grundsätzlich Neues oder Entscheidendes zu erfahren, dürfte von dem Vortrag enttäuscht gewesen sein. Denn, wie auch ganz richtig hervorgehoben wurde, stugt sich alles, was über den Fall bisher berichtet worden ist, auf unvollkommene Beobachtungen, und man kann daher nichts anderes als Vermutungen aussprechen, solange die „hysterische“ nicht einer Klinik überwiesen wird, in der sie unter strengster ärztlicher Kontrolle steht, statt unter derjenigen von Krankenschwestern und

Rennen. Im übrigen wurde in erfreulich objektiver Weise von dem Vortragenden resümiert, was über den Fall Therese Reumann bisher bekannt geworden ist. Es wurden eine Menge Beispiele aus der Geschichte von acht Jahrhunderten angeführt, in den Stigmatisierte fast ausschließlich die gleichen Erscheinungen aufweisen wie die Reumann. Man brauche weder an Wunder zu glauben, noch an Betrug, vielmehr neigt der Redner zu der Ansicht, daß hier echte hysterische Erscheinungen vorliegen — seien sie nun durch Fremd- oder Eigenuggestion erzeugt — zu den uns durchaus geläufigen Krankeitsbildern gehören — unterstügt vielmehr durch Heberreihung und Teissimulation! — Diese Erklärung erscheint vorläufig annehmbar, bis durch eine volle Aufklärung auch dieser Fall, wie so viele ähnliche vor ihm, zu den Akten gelegt werden wird und hoffentlich bald nur noch historisches Interesse beansprucht — als ein Dokument unserer Zeit! S. H.

Reichstagung der bildenden Künstler. In der letzten Woche hat der Reichswirtschaftsverband bildender Künstler Deutschlands seine diesjährige Hauptversammlung abgehalten, in München, von wo vor sieben Jahren die Bewegung zur Begründung dieser Gesamtorganisation für Deutschland ausgegangen ist. Der Vorsitzende des Verbandes, Hoene, und der Generalsekretär Otto Marcus führten vor allem die Verhandlungen. Man sah ihnen diesmal mit einer gewissen Spannung entgegen, da von dem Kartell der Berliner Künstlerverbände die Anregung ausgegangen war, ein Kartell solcher Verbände im ganzen Reich zu bilden und so dem Reichswirtschaftsverband einen zweiten Verband an die Seite zu stellen. Die Vertreter aller Gatt der deutschen Kunstlerenschaft — auch Österreich war vertreten — lehnten eine solche neue Gründung einstimmig ab. Die Gedanken, die für das Berliner Kartell von den Malern Eugen Spiro und William Bauer vertreten wurden, fanden keine Unterstützung. Die Delegation aus Berlin, die Maler Dettmann und Bollheim, der Bildhauer Boffelt, der Gartenarchitekt Kriewer, die Bildhauerin Willy Steger waren ebenso dagegen wie die Münchner. Als das Rotwendigste bezeichnete Marcus die einheitliche Wissensbildung der Kunstlerenschaft; sie ist unmöglich, wenn zwei selbständige Organe da sind, eine zu teure und komplizierte Ueberorganisation, die wieder einen neuen Oberverband bedingen würde. Um den alten Verband gegen den Einwand, er sei nur wirtschaftlich, zu sichern, taufte er sich in „Reichsverband bildender Künstler Deutschlands“ um. — In dem Geschäftsbericht, den Marcus erstattete, und den Anträgen dazu kamen die letzten Hauptfragen der Kunstler zur Besprechung. Die Rolle der Kunstler ist mit Staatsmitteln nicht zu beheben. Die Hauptsache ist, die Stellung der Kunstler im Wirtschaftsleben zu festigen; je weniger private Sammler und Kunstfreunde in Betracht kommen, um so mehr kann die Industrie für ihren Werbedienst und das Reproduktionswesen in seinen großen Anstalten Kunstler brauchen. Das Urheberrecht mehr als bisher auszuweiten ist man bemüht. Daß der Schüler schon beim Kunstunterricht auf praktische Verwendung hingewiesen wird, bleibt raffen — das preussische Kultusministerium hat durch Marcus eine Schrift herstellen lassen: „Was muß der junge Künstler vom Wirtschaftlichen wissen?“, die an die Kunstschüler verteilt werden soll. Die mögliche Rolle der Vertreter der freien Berufe im Reichswirtschaftsrat wurde beklagt. Gegen die Mißstände im Auktionswesen

Die neue Befoldungsordnung.

Die Entwürfe des Reiches und Preußens.

Die Entwürfe zu der neuen Befoldungsordnung liegen vor. Sie enthält Gruppengehälter und Einzelgehälter. Die Gruppengehälter umfassen 11 Gruppen, die Reihenfolge ist umgekehrt gegenüber dem heutigen Zustand. Die Einzelgehälter sind in 12 Gruppen unterteilt, sie bewegen sich zwischen 10 000 M. (Direktoren bei landwirtschaftlichen Forschungsanstalten) und 38 000 M. (Minister).

Die Gruppengehälter sind wie folgt abgestuft:

Befoldungsgruppe I: 8400 M. bis 12 600 M. In ihr befinden sich u. a. Ministerialräte, Senatspräsidenten beim Oberlandesgericht, Gerichtspräsidenten, Oberverwaltungsgerichtsräte, Landforstmeister.

Gruppe II (4800 M. bis 8000 M.) stellt im wesentlichen die Gruppe der Regierungsräte dar.

Gruppe IIIa erhält im Reich 4500 bis 7800 M. in Preußen 3600 bis 7200 M. In dieser Gruppe befinden sich Katasterdirektoren und Regierungslandmesser. **Gruppe IIIb** 4800 bis 7000 M. Kriminaldirektoren. **Gruppe IIIc** 3600 bis 6600 M. Polizeiräte.

Gruppe IVa (3000 bis 5700 M.) z. B. Gewerbe- und Handelslehrer. **Gruppe IVb** 2800 bis 5000 M., Regierungs-oberinspektoren, Regierungsinpektoren, Volksschullehrer, Regierungsamtmänner, Justizamtmänner. Der Wohnungsgeldzuschuß beträgt in den ersten Dienstaltersstufen 720 M., später 960 M.

Gruppe V (2300 bis 4200 M.) Ministerialkanzleisekretäre, Obergerichtsschreiber, Kreis- und Polizeisekretäre. Wohnungsgeldzuschuß in den ersten Dienstaltersstufen 720 M., später 960 M.

Gruppe VI enthält im Reich die Oberwerkmeister mit einem Gehalt von 2400 bis 3500 M., in Preußen die Assistenten neuer Kaufbahn, sowie die Rangsekretäre alter Art mit einem Gehalt von 1900 bis 3400 M., wozu ein Wohnungsgeldzuschuß von 720 M. tritt.

Gruppe VII (2400 bis 3200 M.) enthält die Ersten Maschinenmeister. Der Wohnungsgeldzuschuß beträgt ebenfalls 720 M.

Gruppe VIII (im Reich VIIIa) mit einem Gehalt von 2000 bis 2700 M. enthält die Kriminalassistenten, Oberlandjäger, ferner untüchtige Polizeihauptwachmeister. Der Wohnungsgeldzuschuß für diese Gruppe beträgt 720 M.

Gruppe IX (1700 bis 2600 M.) Ranglisten, Oberpfleger, Bureauassistenten. Wohnungsgeldzuschuß anfänglich 528 M., später 720 M.

In **Gruppe Xa** (1600 bis 2400 M.) befinden sich die Ministerialamtsgehilfen, wobei die mit Wahrnehmung der Botenmeistergeschäfte beauftragten Beamten mit der Amtsbezeichnung „Verwaltungsassistent“ eine jährliche Zulage von 300 M. erhalten. Wohnungsgeld beträgt 528 bzw. 720 M. Preußen führt außerdem eine besondere Gruppe Xd (1600 bis 2300 M.), die Justizwachmeister, Hausinspektoren und Hausmeister enthält.

Gruppe XI (1500 bis 2200 M.) enthält die Amtsgehilfen, die einen Wohnungsgeldzuschuß wie in Gruppe X, Gruppe XII (1500 bis 2100 M.), Gestümmärter, Gartenaufseher mit einem Wohnungsgeld von 336 bzw. 528 M.

Schutzpolizei und Landjägererei.

Die Beamten der Schutzpolizei und Landjägererei sind besonders in 10 Gruppen eingestuft. Die Kommandeure erhalten 16 000, die Polizeiobersten 12 600, die Polizeioberleutnants 9600 M. Gehalt. Die Polizeiobersten steigen von 7700 auf 8400 M., die Polizeihauptleute von 4800 bis 6000 M., Leutnants und Oberleutnants von 2400 bis 4000 M. Die Befoldung der entsprechenden Landjägeroffiziere bewegt sich in derselben Höhe. Polizeihauptwachmeister (Länder) erhalten ein Gehalt von 2400 M., Polizeioberwachmeister von 2040 bis 2220 M., Polizeiwachmeister steigen von 1410 bis 1860 M. Dazu treten die bisherigen Wohnungsgelder.

Wohnungsgeldzuschüsse.

Die angeführten Wohnungsgeldzuschüsse erhöhen sich ab 1. Oktober um 20 Proz.; bisher wurden bereits 10 Proz. Zuschlag gezahlt. Verheiratete weibliche Beamte erhalten nur die Hälfte des Wohnungsgeldzuschusses, ledige Beamte an Stelle des ihnen nach der Befoldungsordnung zustehenden Wohnungsgeldzuschusses den der nächst niedrigeren Tarifklasse. Die Kinderbeihilfen, die bisher nach dem Alter gestaffelt waren, betragen künftig einheitlich 240 M. jährlich; die Frauenzulagen sind in Fortfall gekommen.

ist die Unterstützung durch die Behörden nötig. Ein fälschlicher Antrag einer besonderen Steuer auf Kunstauktionen, deren Ertrag der Kunst zugute kommen soll, wäre allerdings schwer durchzuführen. Die Auktionsfrage ist sehr brennend, vor allem wegen der kunstfeindlichen Haltung der preussischen Ministerien. Beim Auktionswesen wären Beihilfen aus öffentlichen Mitteln zur Errichtung von Auktionshäusern der einzige Ausweg. Im nächsten Jahre, für das auch Köln und Leipzig den Verband eingeladen hatten, wird man sich wegen des Dürerjahres in Nürnberg ver sammeln.

Ein doppelseitiges Phänomen. Die Londoner Reklamspezialisten und das Phonetische Laboratorium der Universität beschäftigen sich gegenwärtig mit einem Schotlen namens Strach Madan, der ein eigenartiges Phänomen auf dem Gebiet der menschlichen Stimme darstellt. Er ist imstande, gleichzeitig Tenor und Bass zu singen und also als einzelner Mensch einen zweistimmigen Gesang zu Gehör zu bringen. Madan ist in London schon in einigen Konzerten aufgetreten und wird demnächst seine Fähigkeit auch im Rundfunk vorführen. Die wissenschaftliche Erklärung seiner Fähigkeiten ist bisher noch nicht restlos gelungen.

In der letzten erschienenen Nr. 7 des „Wahren Jacob“ lesen wir: In Wien sind, empfört über Seipels Verhalten in der Schotten-dorfer Affäre, über 20 000 Personen aus der katholischen Kirche ausgetreten. Unter Bezugnahme darauf macht folgender Wid in der schönen Donaustadt die Runde: Thomas von Aquino und der Heilige Augustin waren große Kirchenlehrer. Wer aber ist der größte Kirchenlehrer? Selpell Ueberhaupt bietet die Nummer 7 des „Wahren Jacob“ eine Fülle schlagender Beispiele. Besonders zu rühmen ist „Das Tischreden“ von Karl Holz, „Caros Sozialphilosophie“ von J. Beken, der große doppelstimmige Aufzählung von W. Krain und die späßige Humoreske: „Der kratzvolle Arm von Piepenstätt“ von Gustav Jungmans. Preis der Nummer 30 Pfennig.

Sprech- und Bewegungstheater der Volkshöhle E. V. Mitglieder der Volkshöhle, die dem Chor beitreten wollen, können jetzt ihre Anmeldung vorlegen, und zwar während der Uebungsstunden, die jeden Dienstag und Freitag von 20-22 Uhr in der Kula Weinmeisterstraße 16 stattfinden.

In der Volkshöhle, Theater am Schauspiel, wird als nächste Aufführung „Der Gant“ vorbereitet, mit Heinrich Georg als Vorkant, Hans Straub als Kalle, Gisela Döwse als Solange. Für die Rolle der Antira wurde Sibille Solomona verpflichtet.

Der Männerchor „Nicht-Georgina“ 1878, M. S. D. M. E., wiederholt am Mittwoch, 24. Sept., 20 Uhr, im Saal des Friedrichshagen das Programm der Arbeiter-Einermöhe auf der Internationalen Ausstellung „Musik im Leben der Völker“, Jeanfaut, a. M. Eintragskarte 80 Pf.

Rundfunk und Grammophon. Die Aufsichtbehörde des nordamerikanischen Rundfunks veröffentlicht eine Verfügung, nach der die Wiedergabe mechanisch erzeugter Musik durch Rundfunk zwar nicht verboten ist, jedoch jedesmal der Hörfrequenz besonders engpaßig werden muß. Bezüge gegen diese Bestimmung werden mit Geldstrafe bis zu 100 Dollar bestraft.

Prof. Karl Endlich, der bekannte Geologe, ist im 60. Lebensjahre in Stuttgart gestorben. Endlich hat sich vor allem auf dem Gebiet der Höhlenforschung internationalen Ruf erworben.

„Zwecks Heirat.“

Wie Heiratslustige in Berlin geschröpft werden.

Die Gerichtsoankrubrik fördert in den letzten Tagen wieder einmal allerlei aus der Geschäftsbearbeitung der Heiratsvermittlungsanstalt und ihrer wilden und unläuteren Konkurrenz, der Heiratschwindel, ans Tageslicht. Die hübsche Ma, die eilige geprellte Heiratslustige zur Verantwortung zogen und die, vom Richter befragt, ihr aus der Dummheit berer, die nicht alle werden, bezogenes Einkommen freiwillig mit monatlich 1200 bis 1500 Mark angab; die altbekannte Figur der adeligen Blüdsjäger, der die Liebes- und Ehehefnucht seiner Bräute ebenfalls zur Bestreitung seines Lebensunterhaltes nützte u. a. m. Nach wie vor wird mit der Blindheit Verliebter allzu starker Mißbrauch getrieben und das feilsche Chaos dieser Darbenden treibt sie immer wieder in die Hände gerissener Spekulanten.

Das Handwerk „corriger la fortune“ wird aber in den verschiedenartigsten Formen ausgeübt. Außer den bereits zur Genüge bekannten Varianten gibt es noch andere, vielleicht weniger populäre „Betriebsarten“. So existieren zum Beispiel, hauptsächlich im Westen, sogenannte Tanz- und Geselligkeitsclubs, deren Publikum sich ausschließlich aus Heiratswütigen beiderlei Geschlechts rekrutiert. Die Sache wird folgendermaßen in Szene gesetzt: Die Hausfrau, bzw. Arrangeurin, mietet ein elegantes Gesellschaftszimmer in einem Hotel zu regelmäßigen geselligen Zusammenkünften an bestimmten Nachmittagen. Hierauf läßt sie Heiratsgesuche, abwechselnd im männlichen oder weiblichen Namen, einrücken, zum Beispiel „flotte Automobilistin sucht Sportpartner, oder: gutsituiertes, vornehmer Fünfziger sucht lustige Kameradin zu froher Geselligkeit“ all dies mit dem ortsüblichen und unumgänglichen Schlußsatz „zwecks Heirat“, oder sie antwortet auf fremde Inserate im Namen der oder des Gesuchten. Treffpunkt besogtes Klublokal an dem und dem Tage. Die Heiratslustigen werden nun bei ihrer Ankunft von einer überblonden, stark rüchlichen Dame, Top einer, die den „Kummel lennt“, mit bestirrenden Liebeswürdigkeit empfangen. Die männlichen Anfrömlinge werden sofort darüber ins klare gesetzt, daß nicht sie die „Heiratslustige“ ist, worauf sich deren anfängliche tödliche Erschrockenheit sofort in ein bestreutes, verbindliches Lächeln wandelt. Hierauf geht's, wie bei bestimmten Tanzveranstaltungen, an die Kasse. Herren 5 Mark, Damen 3 Mark. Dieser Betrag sichert Eintritt, Mitgliedschaft und die verlockende Aussicht auf die „erlebte Ergänzung“. Im Saale tummelt sich bereits Ränimliches und Weibliches, es wird getanzt, geplaudert und geklirrt, Kaffee getrunken usw. Die Dame des Hauses bittet hierauf die Reuigen, an irgend einem Tische Platz zu nehmen, worauf sie, mit einem aufmunternden Wächeln zur Empfangnahme Neuangekommener entleucht. Sie schifert hier, arrangiert dort, kurz ihre geselligkeitslichen Verpflichtungen nehmen sie vollständig in Anspruch und so läßt sie dem Reuigen Zeit, sich erstmalig zu orientieren, oder stellt es ihm stillschweigend anheim, unter

den erschienenen Töchtern bzw. Söhnen des Landes selbständig seine Wahl zu treffen. Es ist anzunehmen, daß nicht alle der Reueintretenden gleich wissen, daß sämtliche Anmelenden den gleichen Wunsch im Busen hegen und demnach auf dieselbe Weise und zu demselben Zwecke hierher gelangten. „Wo alles trinkt, kann man allein nicht fassen“, und so bestellt man sich zunächst auf jeden Fall einen Kaffee. Man studiert, je nach Temperament und weltmännlicher Siderheit, die anwesenden Damen, knüpft mit einer zunächst und allein sühenden irgendein Gespräch an und harrt im übrigen geduldig der Dinge, die da kommen sollen.

Nachdem sich aber eigentlich so gut wie nichts ereignet, macht man sich bei dem weiblichen Manager bemerkbar, um sie nach dem Verbleib der Gewünschten zu befragen. Darauf erhält man meist die bedauernde Mitteilung, daß die Betreffende „gerade heute leider nicht anwesend“ sei, aber das nächste Mal bestimmt um. Gleichzeitig wird man durch Augenwinkeln auf die vorhandene Weiblichkeit und deren als bestimmt anzunehmendes Entgegenkommen verwiesen. Das Fazit des Ganzen: Man tröstet sich mit dem Vorhandenen, man versucht das nächste Mal aufs neue sein Glück, oder man preißt auf die verschwundenen 5 Mark und bleibt weg. Diese Sorte ist der Beranfallterin vielleicht die liebste. Und: wo kein Kläger, ist kein Richter.

„Guten Abend, Herr Scheffel!“

Dieser freundliche Gruß wurde gestern abend in einem Theater in der Friedrichstadt einem Heiratschwindler zum Verhängnis. Ein 25 Jahre alter Otto Scheffel, der von Beruf Kaufmann ist, sich früher aber schon auf dem Gebiet des Heiratschwindels betätigt hat, näherte sich vor kurzem wieder einer Dame unter dem Namen eines „Kriminalkommissars Paul Heinemann“. Er erzählte Wunderdinge von seinen Arbeiten und Erfolgen in der Aufdeckung von Verbrechen aller Art, Einbrecher, Räuber und Mörder hatte er mit dem Spürsinn eines Sherlock Holmes ausfindig gemacht und zur Strecke gebracht. Das imponierte der angehenden Braut ganz gewaltig, und sie freute sich schon im voraus, einem so bedeutenden Mann als Gattin zur Seite zu stehen. Da aber kam gestern abend das Verhängnis. Das Paar besuchte ein Theater und wollte noch im Vorraum, als ein Bekannter des vermeintlichen Kriminalkommissars diesen mit dem GröÙe „Guten Abend, Herr Scheffel!“ ansprach. Die heilhörige Braut, die durch die kriminalistischen Erzählungen gefesselt war, stupste, sah ihren Bräutigam an und sagte: „Was! Herr Scheffel? Ich denke, du bist Kriminalkommissar Heinemann.“ Der Unlarve verurteilte sie entsetzt, sie sollte ihn aber am Rockschöß und hielt ihn fest, bis ein Schupobeamter herbeigerufen war, der den Schwindler nach der Wache brachte. Höchstwahrscheinlich hat der Verhaftete unter dem Namen „Heinemann“ noch mehr Opfer ins Garn gelockt.

Die Wasserwüste in Tirol.

Verheerungen im ganzen Alpengebiet.

Innsbruck, 27. September.

Ueber die Ueberschwemmungen in Tirol liegen folgende Meldungen vor: In Sterzing wurde nahezu die ganze Ortschaft am Sonntag nachmittag überflutet. Die Wassermassen drangen in zahlreiche Anwesen ein und richteten große Verwüstungen an. Sämtliche männliche Einwohner wurden zur Hilfeleistung aufgeboten, doch erwiesen sich die Kostandmaßnahmen längere Zeit für unzulänglich. In Nord-Tirol sind die Ueberschwemmungen im Gschnitz-Tal am ärgsten. Sämtliche Brücken sind weggerissen. Nur bei Steinach ist noch eine Brücke vorhanden. An vielen Stellen haben die angeschwollenen Bäche sich ein neues Bett geschaffen. Pioniere und Alpenjäger arbeiten an der Behebung der Schäden. Die Felder zwischen Tries und Gschnitz bilden einen einzigen See von Schlamm, Sand und Schotter. In Steinach stehen viele Häuser bis zu zwei Metern im Wasser und müßten geräumt werden. Die gesamte Ernte ist vernichtet. Bedeutend sind auch die Verheerungen im Zillertal. Im Gebiet von Mayerhof, wo die Bäche zusammenfließen, stauten sich am Sonntag früh die Wasser und die Ziller trat über die Ufer. Durch Sturmfluten wurde die Bevölkerung zur Rettungssaktion aufgerufen. Die an der Ziller aufgerichtete Ufermauer wurde an vielen Stellen aufgerissen. Storf verflammt wurde auch die Brenner Straße und auch die alte Salzstraße, die von Igls nach Matrei führt. In Innsbruck wurden gleichfalls vom Hochwasser zwei Brücken weggerissen. Die Ueberschwemmung hat drei Todesopfer gefordert. Alle elektrischen Lokalbahnen in Tirol müßten den Verkehr einstellen.

Malland, 27. September.

Da besseres Wetter eingetreten ist, beginnt das Hochwasser im Veltin abzunehmen. Die Gefahr einer Ueberschwemmung Sondrios ist jedoch noch nicht behoben. Das Hochwasser des Mallero hat weitere Häuser zum Einsturz gebracht. Alle Häuser Sondrios, die gefährdet scheinen, sind geräumt worden. Das Wasser beginnt in den Hof der Präfektur einzudringen. Die Stadt ist immer noch ohne elektrisches Licht. Die Eisenbahnlinie und die Landstraßen im Veltin sind noch an verschiedenen Stellen unterbrochen. Man hofft aber heute, den Verkehr mindestens bis Ardenno wieder aufnehmen zu können. Große Verheerungen werden auch aus dem Valengotal gemeldet, das infolge der Unerwartung der Straßen und des Einsturzes mehrerer Brücken von jedem Verkehr abgeschnitten ist. In Valalini sind sieben Häuser eingestürzt. Die Gesamtzahl der Opfer im Veltin ist auf 19 gestiegen. Zur Hilfeleistung sind aus ganz Oberitalien Truppen abgegangen.

Die Zahl der Opfer des verunglückten Hilfszuges bei Franzensfeste beträgt 16. Als einziger des verunglückten Zuges konnte sich der Lokomotivführer retten, dem es gelang, sich an einem über den Fluß hängenden Baum festzuklamern. Er meidete das Unglück fluch nach dem Bahnhof Franzensfeste, von wo eine neue Hilfsabteilung abging. Weder die verunglückte Lokomotive noch der Gepäckwagen konnten bis jetzt gehoben werden.

Der städtische Verkehrskiosk.

Das Ausstellungs-, Messe- und Fremdenverkehrsamt der Stadt Berlin hat, nachdem die zentrale Auskunftsstelle in seinem Hauptgebäude, Charlottenburg 9, Königin-Elisabeth-Str. 22, mit Eröffnung der Kunstausstellung dem Verkehr übergeben worden war, seine erste Auskunftsstelle in der City eröffnet. Der Kiosk befindet sich an der Kreuzung Friedrichstraße/Unter den Linden. Dieser Platz im Reisebureaubezirk wurde gewählt, um das Bureau von Dingen zu entlasten, die nicht zum eigentlichen Reisebureaubetrieb gehören, insbesondere der Auskunft über Berlin und seine Umgebung. Aus dem gleichen Grunde wurde die Geschäftszeit von 8 bis 20 Uhr, auch Sonntags, festgesetzt, um außerhalb der üblichen Reisebureauzeiten den Fremden die Möglichkeit der Beantwortung aller Fragen und Wünsche zu geben. Die bauliche Gestaltung des Kioskes war bedingt durch den vorhandenen Raum und die Notwendigkeiten des Betriebes. Die künstlerische Lösung der Aufgabe wurde dem bekannten Architekten Dr. Paul Nahlberg übertragen, der den Verhuch gemacht hat, trotz aller räumlichen Schwierigkeiten eine neue Note in diesen Mittelpunkt des Berliner Verkehrs zu bringen.

Stadtbahn, Straßenbahn, U-Bahn, Aboag.

Allgemeiner Umsteigeverkehr ab 1. Januar.

Die Verkehrsgemeinschaft zwischen allen Berliner Verkehrsmitteln nähert sich ihrem Abschluß. Nachdem seit dem 15. März d. J. die Umsteigeberechtigung zwischen den im Besitz der Stadt Berlin befindlichen Verkehrsunternehmungen — ausgenommen die Benutzung des Autobus von Straßen- oder Hochbahn her — eingeführt wurde, ist zwischen dem Gemeinschaftsausschuß für die städtischen Verkehrsunternehmungen und der Reichsbahndirektion nunmehr ein Vertrag zustande gekommen, nach dem auch die Umsteigeberechtigung von der Eisenbahn auf die Straßenbahn, die Hochbahn oder den Autobus möglich ist. Von der Eisenbahndirektion werden Umsteigekarten 3. Klasse für 30 Pf. ausgegeben, die zu einer vollen Fahrt in der 20-Pfennig-Tarifzone der Eisenbahn berechtigen und dem Fahrgast erlauben, mit den städtischen Verkehrsmitteln weiter zu fahren. Für Wochen- und Monatskarten gilt die Umsteigeberechtigung noch nicht, doch dürften andererseits Umsteigekarten von den städtischen Verkehrsmitteln zur Eisenbahn, also in umgekehrter Richtung hin, bald eingeführt werden. Da bis zum 1. Januar der Autopark der Aboag so stark vermehrt sein wird, daß eine Umsteigeberechtigung auf den städtischen Verkehrsmitteln keinerlei Beschränkungen mehr unterliegt, so wird die neue Verkehrsgemeinschaft mit der Eisenbahn auch am 1. Januar des kommenden Jahres in Kraft treten.

Die Fahrgäste der Eisenbahn, die also bisher für die Eisenbahnfahrt 20 Pf. ausgehen müßten und bei der Weiterfahrt in Berlin noch einmal den gleichen Betrag, sparen jetzt mit den neuen Umsteigekarten 10 Pf. Allerdings können sie Omnibus, Straßen- und Hochbahn nur einmal benutzen, d. h. sie dürfen auf diesen Verkehrsmitteln mit ihrer Eisenbahnkarte nicht noch einmal umsteigen.

Dieser weitere Schritt zur Vervollkommnung der Berliner Verkehrsgemeinschaft ist nicht zuletzt auf die Initiativ unseres Genossen Stadtrat Reuter zurückzuführen.

Die Ziehung der veruntreuten Gewinne.

Der 25 000- und der 100 000-Mark-Gewinn gezogen.

Die Ziehung der beiden Gewinne, die durch die Ziehungskommissionare Böhm und Schleinstein veruntreut waren, ist heute vormittag erfolgt.

Die Lotostrommel enthielt gestern alle Nummern, die bei der 28. Klassenlotterie gar nichts oder nur geringe Gewinne erhalten hatten. In der Gewinnstrommel befanden sich nur zwei Nötschen. Eins über 100 000 und eins über 25 000 Mark. Um 8 Uhr sollte die Ziehung beginnen. Schon um 7 1/2 Uhr war der Eingang zum Zuschauerraum dicht umfümt von Spielern, die mit ihren Voten in der Hand „dabei“ sein wollten. Kurz vor 8 Uhr wurde die Tür zum Zuschauerraum geöffnet und sofort wieder wegen Ueberfüllung geschlossen.

Der Ziehungsorgang ist der gleiche, wie bei der fünften Klasse der letzten Ziehung. Hinter jedem Ziehungskommissar steht ein Kontrollsposten. Zuerst wird der 25 000-Mark-Gewinn auf die Nummer 273 234 gezogen. Diese Nummer war bei der Ziehung mit einem 150-Mark-Gewinn herausgekommen. Dieser Gewinn wurde neu gezogen. Er fiel auf die Nummer 72 526. Der 100 000-Mark-Gewinn wurde auf die Nummer 149 288 gezogen. Auch diese Nummer war mit einem 150-Mark-Gewinn herausgekommen. Dieser 150-Mark-Gewinn fiel auf die Nummer 178 025.

Ein erheblicher Teil der Gewinne ist nach Berlin gefallen. Der 100 000-Mark-Gewinn fiel in der ersten Klasse nach Berlin in die Einnehmerstelle Chausseestraße 17, und in der zweiten Abteilung nach Breslau. Der 25 000-Mark-Gewinn fiel in der ersten Abteilung nach Koblenz, und in der zweiten Abteilung nach Berlin-Neukölln.

Bei den Berliner Einnehmern sind fast ausschließlich einfache Leute die glücklichen Gewinner. In der Einnehmerstelle in der Chausseestraße haben je ein Viertel ein Eisenbahnbeamter und ein Bahnhofsdiener gespielt. In der Untereinnehmerstelle in der Müllerstraße sind auch arme Promitten vom Glück überrascht worden. In dem einen Falle hat ein hiebzjähriger Arbeiter, der heute noch seinem Uehlerberuf nachgeht, ein Viertellos gespielt. Auch das vierte Viertellos, das in Berlin am großen Gewinn beteiligt ist, wurde von einem Arbeiter, einem Schiefer, gespielt.

